

# Grünlandprogramm als neuer Eckpfeiler

Regierungskoalition von CDU/CSU und FDP stellt in den nächsten beiden Jahren 500 Mio. Euro für ein Grünlandprogramm zur Verfügung / Keine Risikoausgleichsrücklage für die Landwirtschaft

Die schwarz-gelbe Regierungskoalition will der Landwirtschaft mit zusätzlichen finanziellen Mitteln unter die Arme greifen. In den Koalitionsverhandlungen verständigten sich beide Seiten auf ein Grünlandprogramm, für das der Bund in den nächsten beiden Jahren insgesamt 500 Mio. Euro bereitstellen will. Mit diesem Programm sollen insbesondere Vieh haltende Betriebe in Berg- und Mittelgebirgsregionen, aber auch auf anderen Standorten unterstützt werden, auf denen die Grünlandnutzung ohne Alternative ist. Einzelheiten sollen noch geklärt werden.

## Zusagen und Absagen

Weiter sehen die Koalitionsvereinbarungen vor, das bestehende Liquiditätsprogramm im nächsten Jahr um 100 Mio. Euro aufzustocken. Mehr Geld ist zudem für die Landwirtschaftliche Unfallversicherung (LUV) vorgesehen. Der Bundeszuschuss soll 2010 auf 200 Mio. Euro angehoben werden. Schließlich hat man sich darauf verständigt, die bislang zeitlich befristete Entlastung beim Agrardiesel dauerhaft fortzusetzen. Zusätzliche Mittel sind auch für die Exportförderung eingeplant. Die Rede ist von 10 Mio. Euro im kommenden Jahr. Die Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe »Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes« (GAK) sollen entgegen ursprünglicher Pläne nicht erhöht werden, sondern auf dem Niveau von 700 Mio. Euro bleiben.

Eine ganz bittere Pille ist für die Landwirtschaft, dass es vorerst keine steuerliche Risikoausgleichsrücklage geben wird.

## Aigner bestätigt

Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner wird ihr Amt behalten. Die 44-jährige CSU-Politikerin steht seit rund einem Jahr an der Spitze des Agrarministeriums. Ihr Bleiben hat sie auch der Tatsache zu verdanken, dass im »Parteienporroz« FDP-Generalsekretär Dirk Niebel Entwicklungshilfeminister wird und damit der Posten des Landwirtschaftsministeriums nicht von der FDP beansprucht wird.

Die Entscheidung für Ilse Aigner hat indirekt Auswirkungen auf den Kurs in der grünen Gentechnik. Bekanntlich hat Bayern Bedenken, gentechnische Verfahren einzusetzen, während CDU und FDP sich klar für einen Gentechnikkurs ausgesprochen haben. Die bayerische Linie dürfte mit der Entscheidung für Ilse Aigner im Kabinett gestärkt werden.

## Klößner und Müller

Als parlamentarischer Staatssekretär bleibt Dr. Gerd Müller von der CSU im Amt. Ursula Heinen wird durch Julia Klößner von der CDU abgelöst. Die 37-jährige Journalistin und Religionslehrerin ist in Bad Kreuznach geboren und war in der vergangenen Legislaturperiode Be-



Dr. Gerd Müller



Julia Klößner

auftragte für Verbraucherpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Seit Oktober 2002 ist sie stellvertretende Vorsitzende der Arbeitsgruppe Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Für Enttäuschung sorgt im Berufsstand vor allem der Verzicht auf die Risikoausgleichsrücklage. Der stellvertretende DBV-Generalsekretär Adalbert Kienle hatte deren Einführung noch in der vergangenen Woche als »Kernforderung« bezeichnet. Doch die »Agrarier« von

CDU, CSU und FDP scheiterten an Bedenken der Finanzpolitiker aller Parteien, die Abgrenzungsprobleme gegenüber anderen Sektoren geltend machten. Eine gesonderte Regelung für die Landwirtschaft sei nicht machbar, heißt es in Koalitionskreisen.

Trotzdem will CDU/CSU-Agrarsprecher Peter Bleser an der Risikoausgleichsrücklage nach eigenen Angaben festhalten. Man werde sehen, was sich im Verlauf der Legislaturperiode noch machen lasse, erklärte Bleser gegenüber dem Presse- und Informationsdienst Agra-Europe. Ein nationales Schulmilchprogramm wird es nicht geben – dies war von der CSU ins Spiel gebracht worden.



Ilse Aigner

Die Forderung der CSU, jeweils zu Beginn eines Jahres darüber zu entscheiden, ob die Bundes- und Molkereisaldierung ausgesetzt wird, wurde von der Koalition nicht aufgegriffen. Der CSU-Partei-vorsitzende Horst Seehofer hatte dieses Thema zur Chefsache gemacht.

Union und FDP bekräftigen stattdessen in der Koalitionsvereinbarung den Ausstieg aus der Milchquotenregelung zum 31. März 2015. Bereits in der Arbeitsgruppe Agrar war die von der CSU-Spitze favorisierte Anschlussregelung an das Quotenregime in Form einer »flexiblen Mengensteuerung« auf der Strecke geblieben.

## Gentechnikstreit

Im Bereich der grünen Gentechnik wird es aller Wahrscheinlichkeit nach künftig unterschiedliche rechtliche Regelungen innerhalb Deutschlands geben.

Die Bundesländer sollen laut Koalitionsvereinbarung die Möglichkeiten erhalten, von den im Gentechnikgesetz festgelegten Abständen zwischen Feldern mit gentechnisch veränderten und konventionell gezüchteten Pflanzen abweichen zu können. Nicht aufgenommen worden ist die FDP-Forderung, das Anbauverbot für die gentechnisch veränderte Maissorte MON810 aufzuheben. Allerdings wollen Union und FDP laut Koalitionsvereinbarung den Anbau der gentechnisch veränderten Stärkekartoffel Amflora für eine kommerzielle, industrielle Verwertung unterstützen.

AgE/bu